

Nein zum Putsch – Hände weg von Venezuela!

„Stoppt diesen neuesten Irrsinn der US-Regierung. Lasst das venezolanische Volk in Frieden. Sie haben eine wirkliche Demokratie, hört auf, sie zerstören zu wollen, damit das eine Prozent ihr Erdöl ausplündern kann.“

Pink-Floyd-Mitbegründer Roger Waters bei Twitter

Das ist ein Rückfall in eine koloniale und imperiale Praxis: Regierungen werden dazu aufgefordert, sich zu unterwerfen, wodurch sie letztlich in den Vasallenstatus zurückkehren.“

Norman Paech, emeritierter Professor für Völkerrecht

Nach den USA und einer Reihe von rechtsgerichteten Regierungen in Lateinamerika haben sich Teile der EU an die Seite der Putschisten in Venezuela gestellt. Nur 12 der 28 EU-Regierungen, darunter Deutschlands, Frankreichs und Spaniens erkennen anstelle des demokratisch gewählten Präsidenten Nicolás Maduro den rechten von den USA inthronisierten Oppositionspolitiker Juan Guaidó als Präsidenten an, im Gegensatz zu allen anderen EU-Regierungen und vielen weiteren Staaten in Südamerika wie auch China und Russland – Guaidó hatte sich am 23. Januar ohne jegliche Legitimität selbst zum Interimspräsidenten des Landes erklärt. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat umgehend erklärt: „Wir sind nicht neutral, wir stehen auf der Seite von Guaidó.“ Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages stellt die Anerkennung des Oppositionspolitikers durch die Bundesregierung und weitere westliche Staaten in Frage. Es gebe "starke Gründe" für die Annahme, dass es sich bei der Anerkennung Guaidós um eine "Einmischung in innere Angelegenheiten" handelt, heißt es in einer zehneitigen Ausarbeitung der Bundestagsjuristen. Die Autoren bezeichnen die Frage, ob die Anerkennung Guaidós als unzulässige Intervention zu bewerten ist, als "durchaus berechtigt".

Unter dem Vorwand von „Hilfslieferungen“ bereiten die USA eine Militärintervention in Venezuela propagandistisch vor. Venezuelas Regierung habe den Grenzübergang zur kolum-

-bianischen Stadt Cúcuta geschlossen, um die Lieferung »humanitärer Hilfe« zu verhindern, empörte sich US-Außenminister Michael Pompeo über Twitter. Dagegen hat der Leiter der Delegation des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Kolumbien, Christoph Harnisch, bekannt gegeben, dass seine Organisation sich nicht an der Verteilung der Hilfe aus den Vereinigten Staaten beteiligen wird, da es ein Programm einer Regierung und keine humanitäre Hilfe sei.

Seit Jahren versuchen die USA, assistiert von der EU, den Willen des venezolanischen Volkes, seinen Weg eigenständig und unabhängig von den Diktaten des US-Imperialismus zu bestimmen, zu brechen. Putsch- und Mordversuche, Destabilisierung, Sanktionen und Desinformation haben bislang nicht zum gewünschten Regime-Change geführt. Nun wird erneut ein Bürgerkrieg angefacht.

Die Kampagne gegen die Regierung Venezuelas erinnert an den Putsch in Chile 1973. Auch damals wurde maßgeblich von den USA eine wirtschaftliche Krise provoziert, die das Militär dann als Vorwand für den Sturz und die Ermordung des gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende nahm. In dieser Situation sind alle Demokraten aufgefordert, sich von der verzerrenden und zum Teil lügenhaften Berichterstattung der Massenmedien nicht verwirren zu lassen und den Kriegstreibern und Putschisten in den Arm zu fallen.

- ➔ **Nein zum Putsch und zu jeglicher Einmischung durch die imperialistischen Staaten in Venezuela!**
- ➔ **Die legitime Regierung ist die des rechtmäßig gewählten Präsidenten Nicolás Maduro!**

***Wir rufen auf zu einer Mahnwache am Freitag, 22. Februar,
von 16 bis 18 Uhr vor der Reinoldikirche***

Dies ist ein gemeinsamer Aufruf von folgenden Organisationen:

Attac Dortmund / Bündnis Dortmund gegen Rechts / Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Kreisverband Dortmund / DIE LINKE, Kreisverband Dortmund / Dortmunder Friedensforum / Linksjugend ('solid) Basisgruppe Dortmund / Vereinigung Verfolgter des Naziregimes - Bund der Antifaschist*innen (VVN-BdA) Dortmund